



# Partei der Vernunft

für Freiheit und Bürgerrechte

*Mut - Wahrheit - Freiheit*

*Die Partei der Vernunft vereinigt Menschen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, des Geschlechts und des religiösen Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer vom freien Geist getragenen Gesellschaftsordnung mitwirken wollen. Die Partei der Vernunft lehnt totalitäre und diktatorische Bestrebungen jeder Art - egal, ob von rechts oder links - strikt ab!*

## Parteiprogramm

Das vorgestellte Programm wurde am 30. Mai 2009 in Hambach auf der Gründungssitzung mit großer Mehrheit beschlossen und zuletzt am 07. November 2010 (Bundesparteitag) aktualisiert. Weitere Informationen, wie ausgewählte Studien, wissenschaftliche und juristische Publikationen finden auf unserer [Internetseite](#) im Bereich [Quellen](#).

- Einleitung
- Abgaben und Steuern
- Grundrechte und Justiz
- Finanzsystem
- Europa
- Umwelt und Klima
- Arbeit und Soziales
- Bildung
- Familie
- Bürokratie
- Landesverteidigung
- Weitere wichtige Ziele

## Einleitung

Unsere Philosophie: Jeder Mensch ist frei geboren. Keine Institution darf ihn daran hindern freiwillige Vereinbarungen mit anderen zu treffen, solange sie keinem Dritten schaden. Der Wohlstand, der sich nach dem zweiten Weltkrieg eingestellt hat, versperrt den Bürgern den Blick dafür, wie sehr der Staat bereits in das Leben des Einzelnen eingreift. Mittlerweile bekommen Neugeborene zur Geburt eine lebenslange Steuernummer zugeteilt. Der Mensch ist aber nicht als Leibeigener für den Staat da, sondern der Staat ist dafür da, die Freiheit und die Rechte des Einzelnen zu schützen. Damit hilft er allen Bürgern. Wie die österreichische Schule der Nationalökonomie nachgewiesen hat, führt das – sozusagen als Nebenprodukt – auch zu einem höheren Wohlstand und letztlich höherer Sicherheit für alle. Der schlimmste Staatseingriff ist dabei das staatliche Geldmonopol. Die beliebige Vermehrbarkeit des Papiergeldes führt zu Inflation und damit Enteignung gerade der Schwächsten in einer Gesellschaft. Die ständige Entwertung des Geldes führt auch zu einer immer höheren Abgaben- und Steuerquote, die zunehmend dazu dient, die Papiergeldschulden abzutragen. Diesen Trend wollen wir umkehren. Unser Programm zerlegt die notwendigen Maßnahmen in einzelne Schritte. In welcher Reihenfolge sie umgesetzt werden können, wird die Zeit zeigen. Die Richtung muss aber bei jedem einzelnen Schritt stimmen.



Das Programm orientiert sich streng an der österreichischen Schule der Nationalökonomie (Mises, Nobelpreisträger Hayek, Baader, Hülsmann et al). Aus deren Schriften ersehen Sie, dass diese Philosophie die einzige widerspruchsfreie und moralische Wirtschaftstheorie ist. Sie ist weniger eine Theorie als eine Beschreibung der Realität. Sie nimmt den Menschen so wie er ist und nicht so wie Kollektivisten ihn haben wollen. Sie sollten deren Schriften im Detail lesen. Die oberflächliche Betrachtung wie zB. auf Wikipedia reicht nicht aus, um die Argumente wirklich zu verstehen.

Aus zahlreichen Diskussionen und Umfragen wissen wir, dass einige unserer Positionen von vielen Menschen in diesem Land abgelehnt werden. Das resultiert nahezu ausschließlich aus Unkenntnis über die tatsächlichen Wirkungen dieser Maßnahmen. Seien Sie versichert: Alle unsere Vorschläge dienen dazu, das Leben der Menschen zu verbessern und möglichst nahe an einen Zustand des Glücks für möglichst viele Bürger heranzureichen.

Tun Sie sich beim Lesen des Programmüberblicks einen Gefallen: Wenn Sie einen Punkt instinktiv ablehnen, lesen Sie bitte trotzdem unsere Begründung nach. Zu jedem Gebiet finden Sie ausführliche Erläuterungen, warum wir genau das und nichts Anderes wollen. Es handelt sich hier meistens um wirtschaftliche Vorgänge. Diese haben die Eigenschaft, dass sie zum Verständnis fast immer zwei Gedankenschritte benötigen. Die meisten Menschen machen nur den ersten Schritt. Das ist einer der Gründe, warum bei uns seit Jahrzehnten die Parteien gewählt werden, die ihre eigenen Wähler dann gnadenlos ausbeuten.

Hierzu zwei Beispiele:

- Die meisten Menschen glauben, wenn der Staat mehr Geld braucht (meist ist das erlogene Argument: für die Kinder, die soziale Gerechtigkeit oder die Umwelt) muss er die Steuern erhöhen.

**Das Gegenteil ist zutreffend!** Mit niedrigeren Steuersätzen und dafür weniger Ausnahmen steigen die Steuereinnahmen nachgewiesenermaßen, weil die Steuerzahler ehrlicher werden und die wirtschaftliche Tätigkeit stark zunimmt.

- Fast alle unsere Maßnahmen im Arbeitsmarkt laufen auf Flexibilisierung hinaus. Die Bevölkerung glaubt, mehr Flexibilisierung bedeutet höhere Unsicherheit. Auch hier ist das Gegenteil nachweislich der Fall. In einem vollständig flexibilisierten Arbeitsmarkt kommt es zunächst zu Vollbeschäftigung und - in einer Exportnation wie Deutschland - sehr schnell zu einem Arbeitskräftemangel, sowie automatisch zu Lohnsteigerungen. Der einzelne Arbeitsplatz wird sicherer, weil jeder Arbeitnehmer sofort einen neuen findet, sollte er einmal entlassen werden.

## Abgaben und Steuern

- Das [10%-Steuermodell](#). Bis dorthin ist es noch ein weiter Weg. Wir versprechen aber, nur dann in eine Koalition einzutreten, wenn als erster Schritt mindestens eine **Flat Tax** (einheitlicher Steuersatz) von 25 Prozent bei großzügigem Grundfreibetrag (angestrebt: 12000 Euro) in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird.
- Langfristiges Ziel einer Mehrwertsteuer von [10 Prozent](#) bei gleichzeitigem Streichen aller



anderen Steuern und Sozialabgaben. 10 Prozent Mehrwertsteuer reichen um innere Sicherheit (Polizei, Justiz, Feuerwehr) und äußere Sicherheit (Verteidigung, Grenzschutz) die zusammen drei Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachen sowie Kindergärten, Straßen (zusammen knapp zwei Prozent) und Bildung (vier Prozent, privat finanziert effizienter) zu finanzieren (Quelle: Eurostat). Jemand mit einem Bruttolohn von zehn Euro pro Stunde blieben dann 10.000 Euro jährlich um sich komfortabel privat gegen alle Unglücke des Lebens und für das Alter abzusichern. Ohne durch die staatliche Zentralbank und der Geldschöpfung der Geschäftsbanken aus dem Nichts erzeugte Inflation bleibt sogar ein Vielfaches dessen übrig.

- Abschaffung der Besteuerung von Dividenden- und Aktienkursgewinnen (keine Abgeltungssteuer)

## Grundrechte und Justiz

- dem Grundgesetz Geltung verschaffen, insbesondere den Artikeln 1 (Würde des Menschen) und 2 (Vertragsfreiheit)
- Sicherung der mit Artikel 5 Grundgesetz garantierten Meinungs- und Informationsfreiheit ohne Zensur
- Verhinderung einer Zensur des Internets, egal unter welchem Vorwand dies versucht wird
- Abschaffung und Verhinderung aller Überwachungs- bzw. Schnüffelgesetze, die nur dazu dienen unbescholtene Bürger auszuspionieren und nicht um Straftaten zu verhindern
- Stärken des Datenschutzes und Wiederherstellung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung
- Keine Einschränkungen der individuellen Freiheits- und Bürgerrechte
- verbesserte Ausstattung der Polizei für die Verfolgung von Straftaten, da dies eine der wenigen tatsächlichen Staatsaufgaben ist
- Stärkung der Kompetenzen von Länder und Kommunen durch konsequente Anwendung der Art. 28, Abs. 2 und Art. 30 GG (Kommunale Selbstverwaltung)
- Abschaffen der Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft, wie sie der [Deutsche Richterbund](#) fordert
- mehr direkte Demokratie, z.B. durch Volksabstimmung über eine eigene Verfassung nach Artikel 146 Grundgesetz
- Gewalttaten sind im Vergleich zu Eigentumsdelikten stärker zu ahnden
- Sicherungsverwahrung bei Sexualstraftaten, insbesondere bei Delikten gegen Kinder; Drei unabhängige Gutachter müssen einer Freilassung zustimmen. Gutachter, die sich mehrfach irren, werden nicht mehr bestellt.
- [Wiederherstellung des Bankgeheimnisses](#) (keine Kontenabfrage)
- Unterbinden des Vorgehens von sogenannten Abmahnanwälten
- Keine außen- und innenpolitischen Aktionen, oder sonstige militärische und polizeiliche Maßnahmen ohne unabhängige Prüfung der sie auslösenden Ereignisse. Die Entscheidung darüber, wer für z.B. Anschläge verantwortlich ist, muss hierbei von einem unabhängigen Gericht getroffen werden (Vgl. Aufhebung der Weisungsgebundenheit von Staatsanwälten). Abschließend, also ohne laufende Ermittlungen und Gerichtsprozesse zu gefährden, muss



die Offenlegung aller Informationen bezüglich dieser Ereignisse (konsequente Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes) erfolgen, da ansonsten eine demokratische Entscheidungsfindung nicht möglich ist. Entscheidungen von durch die Regierung gestellten Untersuchungskommissionen dürfen und können für eine demokratische Entscheidungsfindung nicht ausschlaggebend sein. Nur so kann die konsequente Gewaltenteilung von Politik, Justiz und Exekutive gesichert sein.

Erklärung:

Für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat das folgende Konsequenzen: Entweder die Bundeswehr zieht sich aus Afghanistan zurück, oder Deutschland fordert eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse vom 11. September, eine Gerichtsverhandlung vor einem unabhängigen Gericht, das die Verantwortlichen benennt, sowie abschließend eine Offenlegung aller Informationen diesbezüglich und stimmt dann im Bundestag erneut über den Auslandseinsatz ab.

## Finanzsystem

- Verantwortlich für die Finanzkrise ist das ungedeckte Papiergeldsystem, in dem Geldmenge und Zins per Dekret vorgegeben werden. Unser Finanzsystem bedarf daher einer grundlegenden Reform. Dazu gehört es zunächst, alternative Geldformen zuzulassen, wie es [Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek](#) forderte. Letztendlich dürfte das dazu führen, dass [Gold oder ein anderer Sachwert](#) von den meisten Menschen als Zahlungsmittel akzeptiert wird. Z.B. lässt sich Gold nicht beliebig vermehren, ihm stehen keine Verbindlichkeiten gegenüber. Es ist das einzige international anerkannte Zahlungsmittel, dem bislang weder Krieg noch Staatspleite den guten Ruf nach Sicherheit ruiniert haben. Technisch wird sich dadurch nichts ändern. Banken wickeln weiterhin den Zahlungsverkehr ab. Doch bei einer Bankenpleite verbleibt das sachwertgedeckte Geld im Eigentum des Kunden. Banken, die spekulieren müssten nicht mit Steuergeldern gerettet werden. Giralgeldschöpfung aus dem Nichts wird unmöglich. Das führt zu einer [stabilen Geldordnung](#) in der systemische Krisen ausgeschlossen sind. Auch alternative Geldsysteme wie die Regiogelder bekämen dabei ihre Chance, ohne verboten zu werden, wenn sie zu erfolgreich werden.

## Europa

- Wir fordern eine Volksabstimmung über die "EU-Verfassung". Alles andere wäre grundgesetzwidrig, wie Professor Karl Albrecht Schachtschneider in seiner [Klageschrift](#) überzeugend darlegt. Die Verfassungsklagen gegen den Lissabon-Vertrag werden daher von uns ausdrücklich unterstützt, um damit u.a. die in der EU eingeführte Todesstrafe abzuschaffen. Das ist ein besonders eklatantes Beispiel dafür, dass den etablierten Politikern das Grundgesetz und die Meinung des Volkes vollkommen egal sind.
- Das EU-Parlament muss entweder mehr Rechte bekommen oder abgeschafft werden. In diesem Fall soll sich die EU auf eine Zollunion beschränken. Freihandel benötigt keine gemeinsamen Institutionen.



- Anmerkung zur aktuellen Lage: Wir fordern den Ausstieg aus dem Euro. Wir lehnen auch die Haftung Deutschlands für die Schulden der anderen Länder ab. Bei Regierungsbeteiligung werden wir nicht zahlen, da kein rechtsgültiger Vertrag zustande gekommen ist. Die Entscheidung des Bundestages ist grundgesetzwidrig und verstößt gegen den - ohnehin nicht vom Volk legitimierten - Lissabonvertrag. Wenn jemand eine Immobilie verkauft, die ihm nicht gehört, kommt auch kein rechtsgültiger Vertrag zustande. Als Folge unserer Weigerung zu zahlen, würden sich internationale Investoren nicht von uns absondern zuwenden, weil klar ist, dass Deutschland nur rechtsgültige Verträge akzeptiert. Selbst wenn uns internationale Investoren meiden würden, wäre das nicht tragisch, weil wir ohnehin eine Verschuldung des Staates ablehnen. Staatsschulden sind nach Meinung vieler Ökonomen der österreichischen Schule ohnehin ein Vertrag zu Lasten Dritter. Der Anleihegläubiger schließt einen Vertrag mit der Regierung, aber der Steuerbürger muss haften ohne gefragt zu werden. Ein gesunder Staat kommt ohne Verschuldung aus, weil er wie jeder Privathaushalt nur soviel ausgeben muss wie er einnimmt. Das ist für den Staat sehr leicht umzusetzen, weil ihm im Gegensatz zu Privatunternehmen die "Kunden" nur schwer davon laufen können. Inwiefern dieser Programmpunkt realpolitisch durchzusetzen ist, muss sich zeigen. Aber wir werden alles dafür tun. Im Zuge der Finanzkrise werden ohnehin viele Staaten ihre Schulden nicht begleichen. Dass dann für diese Länder ausgerechnet das relativ solide Deutschland zahlen soll ist unmoralisch und nicht einzusehen.
- Verhinderung einer europäischen Eingreiftruppe auf Basis militärischer, geheimdienstlicher und polizeilicher Strukturen (Eine europäische Verteidigungsarmee macht nur Sinn, wenn die Menschen Europas in freier Entscheidung über eine gemeinsame Verfassung entscheiden, daher: keine Armee, basierend auf dem Vertrag von Lissabon.)
- Stopp der Nettozahlungen Deutschlands
- Zurückfahren der Subventionen

## Umwelt und Klima

- Natur und Lebensräume für die nachfolgenden Generationen erhalten
- sorgfältiger und effizienter Umgang mit den vorhandenen Ressourcen auf der Grundlage gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse. Oberstes Ziel muss es sein knappe Ressourcen nicht zu verschwenden. In einer Marktwirtschaft sind die knappen Ressourcen teurer. Sie werden automatisch durch leichter verfügbare ersetzt. Jegliche Markteingriffe müssen daher denklösig zu Verschwendung knapper Ressourcen führen. Beispielsweise sind die erneuerbaren Energien viel teurer als die herkömmlichen. Die Staatseingriffe führen hier also zu Verschwendung gerade der knappsten Ressourcen. Das ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit, ein Begriff, der im Orwellschen Sinne in sein Gegenteil verkehrt wurde. Die Mineral- und Ökosteuer verteuert beispielsweise den Rohstoff Öl, der überhaupt nicht knapp ist (Stichwort: abiotische Öltheorie). In Gold, dem wahren Geld, sinkt der Preis von Öl und Gas seit Jahrzehnten. Nur in wertlosem Papiergeld gemessen steigt der Preis. Diese Eingriffe sind also abzustellen, um gerade die knappsten Güter durch Einsatz von



Investitionen und wissenschaftlicher Forschung zu schützen.

- echter Umweltschutz, dessen Nutzen wissenschaftlich eindeutig belegt ist
- Am effektivsten wird die Umwelt geschützt, wenn Eigentumsrechte strikt verteidigt werden. In kommunistischen Ländern ist die Umwelt am meisten belastet, denn wenn jedem alles gehört, gehört in Wirklichkeit niemandem etwas. Die Verseuchung von Grundwasser oder Flüssen verletzt beispielsweise die Rechte der Anwohner. Hier gilt es, streng nach dem Verursacher-Prinzip vorzugehen. Derjenige der einen Schaden anrichtet, haftet auch. Erst wenn dieser Mechanismus versagt, sind allgemeine Gesetze nötig. Dafür brauchen wir keinerlei Steuern und Abgaben.
- Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist kein Gift, sondern ein natürliches Gas, notwendig für das Gedeihen der Pflanzenwelt. Ohne CO<sub>2</sub> gibt es kein Leben auf der Erde. Die Luft besteht zu 78% aus Stickstoff, zu 21% aus Sauerstoff, zu 0,038% aus Kohlendioxid und einigen Spurengasen. Nur 1,2% von 0,038% entstehen durch technische Emissionen der Verbrennungsprozesse fossiler Energieträger! Damit liegt der von Menschen beeinflusste Anteil in der Luft bei lächerlichen 0,000456%: Vier von einer Million Molekülen! Außerdem steigt zuerst die Temperatur und erst in der Folge das CO<sub>2</sub>. Sämtliche mit der Klima-Hysterie begründeten Maßnahmen sind daher einzustellen! Dies bedeutet eine Einsparung in einer Größenordnung von 900 Milliarden Euro. Bei allen Systemen zur Energiegewinnung und Energieeinsparung ist durch eine energetische Bilanzierung nachzuweisen, ob der Energieertrag höher ist als der Energieaufwand zur Herstellung und den Betrieb für den Lebenszyklus solcher Systeme. Unbedingt die [Dossiers](#) lesen! Falls Sie - guten Glaubens - Anhänger der Klimareligion sind, nehmen Sie sich bitte Zeit diesen [Film](#) anzuschauen. Bleiben Sie bis zum Schluss dabei und hören Sie wie ein Mitbegründer von Greenpeace seiner Bestürzung darüber Ausdruck verleiht, wie im Namen der wissenschaftlich widerlegten Klimatheorie in den Entwicklungsländern Kinder sterben müssen, damit Großkonzerne und Politik Milliarden mit dem schlechten Gewissen der Menschen abschöpfen können.

## Arbeit und Soziales

- freie Krankenkassenwahl im Rahmen der Einführung einer privaten Bürgerversicherung gegen alle unverschuldeten Lebensrisiken; Jede private Krankenversicherung muss einen Grundsicherungstarif anbieten. In diesem Tarif sind alle großen Lebensrisiken wie chronische Krankheiten, Behinderungen, Unfälle und Arbeitsunfähigkeit enthalten. Das Risiko ist zur Geburt verschwindend gering. Es wird einfach in den Tarif eingearbeitet. Eine Gesundheitsprüfung wie beispielsweise DNS-Proben werden verboten. Jeder Mensch muss angenommen werden. Versicherungsmathematisch ist das für die gesamte Branche irrelevant, weil alle Versicherer auf die Daten verzichten müssen. Jemand, der sich selbst den billigsten angebotenen Tarif nicht leisten kann, bekommt die Differenz vom Staat.
- langfristig angelegte Überführung der gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung in ein privates System
- Einführung eines Bürgergeldes anstelle aller bisherigen Sozialleistungen, das die bisherigen komplizierten und personalaufwändigen Einzelfallprüfungen ersetzt



- [Flexibilisierung des Arbeitsmarktes](#) (Begründungen lesen!); keine staatliche Lohnfestsetzung (Mindestlohn), Aufhebung Kündigungsschutz, stattdessen eine festgelegte Abfindung
- Wegfall des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung durch Auflösung der Bundesagentur für Arbeit(slosigkeit) als Folge der Wirkung unseres 0-Steuern Modells; stattdessen Angebot einer freiwilligen Arbeitslosenversicherung
- Abschaffung Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (Antidiskriminierungsgesetz). Das Gesetz führt denkllogisch zu Diskriminierung, weil es dann möglich ist zu klagen gerade weil man einer bestimmten Gruppe angehört. Das führt dazu, dass Angehörige bestimmter Gruppen seltener eingestellt werden, weil die Unternehmen Angst haben müssen verklagt zu werden sobald sie jemanden entlassen (siehe USA). Ein Unternehmen, das nicht nach Fähigkeiten, sondern beispielsweise nach der Hautfarbe einstellt, geht ohnehin pleite, weil es nicht die besten Mitarbeiter bekommt. Ganz abgesehen davon will wohl kaum ein Angehöriger einer Minderheit für einen Rassisten arbeiten. Das Gesetz führt nur zu Bürokratie, Überwachung und zusätzlichen Kosten.

## Bildung

- Es gibt keine allgemeine Schulpflicht. Alle Schulen, ob städtische, kirchliche und sonstige Bildungseinrichtungen finanzieren sich selbst über Gebühren. Sie stehen in gleichem und fairem Wettbewerb zueinander. Die kommunale Selbstverwaltung kann Schulen nach herrschender Meinung vor Ort zertifizieren und Bildungspflicht einführen.

### Erklärung:

Sobald die Bürger hier selber entscheiden, werden private Anbieter massiv investieren. Heute stehen wir vor dem Problem, dass jemand der eine private Einrichtung bezahlt, zusätzlich über die Steuern die staatliche Einrichtung finanziert. Daher rechnet es sich nur für wohlhabende Familien. Eine Änderung des Geld- und Steuersystems wird dazu führen, dass sich JEDER Bildung leisten kann (der Verdienst steigt um das Dreifache, nach Änderung des Geldsystems mit der Zeit um mehr als das Zehnfache). Wer die Kosten dann noch immer nicht selbst tragen kann, erhält für die Kinder Gutscheine (inkl. Ernährung).

Zur Bildungspflicht: Die Kommune darf nach Abstimmung Bildungsziele festlegen, wie diese Bildungsziele erreicht werden (z.B. auch durch Heimschule) bleibt den Eltern überlassen. Dieser Punkt ist entscheidend, weil damit gewährleistet ist, dass staatliche Propaganda über Klima, Geldwesen und andere Themen nicht mehr in dem heutigen Maße erfolgen kann. Selbst wenn der Staat Lügen als Bildungsziel festlegt, können sich die Bürger selbst informieren. Die Lehrer erzählen dann die Wahrheit, bereiten die Schüler aber darauf vor, was der Staat verlangt. Da das kommunal festgelegt wird, ist es aber unwahrscheinlich, dass solche zentralistische Propaganda überhaupt als Lernziel verankert wird. Eine Rückkehr zur Konzentration auf naturwissenschaftliche und nicht auf politisch erwünschte Inhalte ist die Folge.

- freie Wahl der Universität, die Uni sucht sich ihre Studenten, die Studenten können sich bei jeder Uni bewerben



- Ein Gutscheinsystem für die Bildung der Kinder, deren Eltern für Bildungsleistungen nicht selbst aufkommen können, wird von den Gemeinden in kommunaler Selbstverwaltung beschlossen und finanziert.
- individuelle Studiengebühren in Abhängigkeit von der Haushaltssituation einer Universität
- Gewähren großzügiger, zinsloser Bafög-Kredite & Stipendien, Erstattung von Gebühren bei guten Leistungen
- Stärken privater Fördermodelle

## Familie

- Kinder bedürfen des besonderen Schutzes durch den Staat, weil sie sich nicht selbst versorgen und ihre Eltern nicht aussuchen können. Hierfür werden an bedürftige Eltern Gutscheine für Kinderbetreuung und Schule inklusive der Ernährung ausgegeben. In den ersten drei Jahren können sich die Eltern die Leistungen auch auszahlen lassen. Da es so nicht mehr möglich ist, durch die Kinder ein Zusatzeinkommen zu erzielen, sinkt die Anzahl der Unterstützungsfälle dramatisch, wie beispielsweise eine [Reform](#) des demokratischen US-Präsidenten Bill Clinton beweist. Gleichzeitig wird in Notlagen aber trotzdem geholfen. Im heutigen System erhält eine Hartz 4-Empfängerin mit zwei Kindern bis zu ihrem fünfzigsten Lebensjahr [415.000 Euro](#). So jemanden vorzuwerfen, sich für das Nichtarbeiten zu entscheiden, bezeichnet der Soziologe Gunnar Heinsohn zurecht als infam.

Ohne die [staatlichen Abgaben und ohne Inflation](#) müsste selbst eine gering verdienende, alleinerziehende Mutter weniger als zehn Stunden pro Woche arbeiten. Seit Einführung der DM hat sich die Produktivität etwa versechsfacht. Ohne die durch das [Drucken von Papiergeld verursachte Inflation](#) könnte sich heute also jeder das sechsfache leisten, ohne die Staatsabgaben von [zwei Dritteln](#) sogar das achtzehnfache. Das ist das Ergebnis des technischen Fortschritts, der von der durch das staatliche Geldmonopol erzeugten Inflation wieder aufgefressen wird. Wer heute 40 Stunden arbeitet, müsste eigentlich nur noch zwei Stunden für dasselbe Ergebnis leisten. Anders ausgedrückt hätten Eltern das Achtzehnfache zur Verfügung um sich komfortabel absichern und private Bildung sowie Betreuung der Kinder bezahlen zu können.

Die beste Familienpolitik ist daher, den Eltern die Früchte ihrer Arbeit zu belassen. Sie können sich dann beispielsweise für eine Kinderbetreuung ihrer Wahl entscheiden. Wartelisten für Kindergartenplätze gehören der Vergangenheit an, weil sich private Anbieter automatisch auf die Nachfrage am jeweiligen Wohnort einstellen werden. Sowohl den Eltern als auch den Anbietern stehen höhere Mittel zur Verfügung weil die Kosten für beide Parteien sinken.

Zudem gilt für alleinerziehende Mütter, dass auch der Vater für die Kinder finanziell verantwortlich ist. Diese Möglichkeit sollte zuerst gerichtlich ausgeschöpft werden. Dabei kann die Gesellschaft durchaus erwarten, dass die Mutter weiß, wer der Vater ist beziehungsweise wer für einen Vaterschaftstest in Frage kommt. Solange das Geld- und Steuersystem nicht so weit umgestellt ist, dass sichergestellt ist, dass die Mutter einen Arbeitsplatz findet, der sie und ihre Kinder versorgt, kann auf diese Anforderung verzichtet werden.



## **Bürokratie**

- Vereinfachen von Gesetzen, Rechtsverordnungen und Ausführungsbestimmungen
- keine Statistikpflichten für Unternehmen
- zeitlich befristete Gesetze, die nur verlängert werden, wenn die beabsichtigte Wirkung nachgewiesen wurde

Unser Ziel im Zuge dieser Maßnahmen ist es, mindestens die Hälfte aller Verwaltungsvorschriften ersatzlos zu streichen.

## **Landesverteidigung**

- Abwehren von vermeintlichen Bündnisfällen, die nur wirtschaftliche Sonderinteressen einzelner Vertragspartner betreffen (Beispiel: Terroranschläge am 11. September 2001)
- Einstellen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr (Beispiel: Afghanistan)
- Abschaffen der Wehrpflicht, stattdessen Berufsarmee,
- Ablehnen von Angriffskriegen wie in Afghanistan, im Irak oder Iran

## **Weitere wichtige Ziele**

- Keine Patentierung von Genen und Lebewesen wie Pflanzen
- Einwanderer, die zehn Jahre in Deutschland gearbeitet haben können die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und erst dann Teil des Sozialsystems werden.
- Wahlautomaten werden strikt abgelehnt
- besserer Rechtsschutz für die individuelle Entscheidung des Patienten und vereinfachte Zulassungsverfahren
- Abschaffen der GEZ-Gebühren bei gleichzeitiger Umstellung des Öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf eine steuerfinanzierte Grundversorgung incl. eines einzigen Nachrichten- und Magazin-Kanals
- Versicherung aller Politiker im gleichen System wie die Bürger, bei entsprechender Erhöhung des Gehaltes, dadurch Wegfall der Politikerpensionen
- erfolgsabhängige Vergütung von Ministern
- Konzentration auf die unbedingt notwendigen Ministerien wie Finanzen, Äußeres, Inneres, Verteidigung, Umwelt und Justiz
- Verkleinerung aller Parlamente (Bund und Land)
- Rauchverbot: Der Wirt soll entscheiden, ob in Einraumlokalen geraucht werden darf. In Wirtshäusern kann es Raucherräume geben (spanisches Modell)